

Versöhnung im Alleingang



Ein schmuckloser Grabstein auf dem Wasserhorster Friedhof erinnert an eines der brutalsten Verbrechen der Nachkriegszeit. NS-Opfer, ehemalige Zwangsarbeiter, waren zu Tätern geworden, hatten im November 1945 im Bremer Blockland einen Bauernhof überfallen und zwölf Menschen erschossen. Nur einer überlebte das Massaker – und gerade er reichte den Schuldigen die Hand. Ein ungewöhnlicher Fall von Vergebung – zumal für eine Zeit, in der die Unversöhnlichkeit noch hoch im Kurs stand.

Text: Helmut Dachale

Fotos / Fotobearbeitung: Brigitte Reuß

Wenige Monate nach Ende des 2. Weltkrieges, der mit dem Überfall deutscher Truppen auf Polen begonnen hatte, wurde in Deutschland wieder über „Polenterror“ diskutiert. So wortwörtlich auf Sitzungen des Bremer Senats Ende 1945. Halb Europa in Schutt und Asche, das ganze Ausmaß der NS-Verbrechen noch längst nicht aufgedeckt geschweige denn aufgearbeitet – und nun schon wieder „Polenterror in Bremen“? Der damalige Polizeipräsident, wie der Senat eingesetzt von der US-amerikanischen Militärregierung der Enklave Bremen, bevorzugte den Begriff „Polenplage“, aber auch das erinnert heute fatal an die Sprache der Nazi-Propaganda, mit der 1939 der Feldzug gen Warschau begründet worden war.

Deutschland nach der Stunde null: Plötzlich waren seine Bewohner nicht nur mit den Besatzern konfrontiert, auch mit anderen Ausländern, zum Beispiel den nun befreiten Zwangsarbeitern. Misstrauisch ging man ihnen aus dem Weg, es wurde mehr als nur gefremdelt. Vielerorts herrschte eine Polen-Phobie, in Bremen auf die Spitze getrieben durch eine Tat, die allerdings krass herausragt aus der deutschen Nachkriegsgeschichte: In der Nacht vor Buß- und Betttag, dem 21. November 1945, überfiel eine Gruppe Bewaffneter den Bauernhof Kapelle an der Blocklander Hemmstraße, gelegen am grünen Rand der Stadt. Da, wo Kühe in den Ställen standen und noch Schweine geschlachtet wurden. Zwölf Deutsche, darunter vier Kinder, wurden in einem Keller regelrecht hingerichtet.



Die vier Kinder der Familie Hamelmann
– ermordet in der Nacht zum 21. November 1945.



2010, Bremen, Blocklander Hemmstraße:
Die Ruinen des Bauernhofs Kapelle sind
noch vorhanden.

Acht der zehn Tatverdächtigen waren schnell gefasst. Nicht zuletzt deshalb, weil der einzige Zeuge, Wilhelm Hamelmann, sie identifizieren konnte. Gleichzeitig war er in der Lage, in den jungen Männern – ausschließlich ehemalige polnische Zwangsarbeiter – auch Opfer zu sehen. Eine ungewöhnliche Haltung für jemanden, der in der Mordnacht die Frau, seine vier Kinder, Eltern und Schwiegereltern verloren hatte, einziger Überlebender war, schwerverwundet und traumatisiert. Seine Sichtweise konnten viele seiner Landsleute nicht nachvollziehen – weder zur Zeit des Überfalls noch Jahre später.

Polizeipräsident: Bauern bewaffnen, Lager abriegeln

„Die Ausländer! Das ist eins der schlimmsten Kapitel der letzten Wochen. In größeren Haufen roten sie sich zusammen, überfallen Gehöfte und stehlen besonders Fahrräder“, so die Lehrerin Magdalene Krippner in ihrem Briefftagebuch, verfasst im Juni 1945, Monate vor dem Blockland-Massaker. Zwei Tage nach dem Überfall, auf der Senatssitzung am 23. November, referierte Polizeichef Helmut Yström (später CDU-Mitglied, Bürgerschaftsabgeordneter und Senator) zum Tagesordnungspunkt „Polenterror in Bremen“. Wilhelm Kaisen, Bremens sozialdemokratischer Bürgermeister, leitete die Sitzung und ließ im Protokoll festhalten, er „sei durch das Grauenhafte der Tat erschüttert worden“. Die von Yström präsentierte Statistik kam auf mehr als 2.000 kriminelle Vorkommen zwischen Mai und Mitte November, bei denen man „einwandfrei Polen als Täter festgestellt“ habe, die Blocklandmorde noch nicht eingerechnet. Dafür tauchten auf seiner Liste neun andere Fälle von Mord oder Totschlag auf, 268 Plünderungen, aber auch 557 Fahrrad- und fast 600 Viehdiebstähle. Jedes entwendete Kaninchen war penibel mitgezählt worden.

Yströms Forderungen: Die Polen aus ihren Lagern – nach bekannter Manier – „nicht herauszulassen“. Und in den ländlichen Gebieten Bremens sollten Freiwillige mit Gewehren ausgerüstet werden. Was bei den Bremern keinesfalls Entrüstung hervorrief. Denn in den Displaced Persons, wie die ehemals Verschleppten und die freigelassenen Kriegsgefangenen neuerdings hießen, sahen große Teile der Bevölkerung nichts anderes als Gefahrenpotenzial. Abwehr stand auf der Tagesordnung, nicht Aufarbeitung.

12 Millionen zur Arbeit gezwungen

Warum sie sich überhaupt hier befanden, unter welchen Bedingungen sie leben und schufteten mussten – all das ist in Deutschland erst ab der 1980er-Jahre umfassend erforscht worden. Seitdem weiß man: Das „Großdeutsche Reich“ war eines der größten Zwangsarbeitssysteme der Menschheitsgeschichte, in Gang gehalten von mindestens 12 Millionen ausländischen Zivilarbeitskräften, KZ-Häftlingen und Kriegsgefangenen. Allein aus Polen waren mehr als zwei Millionen Menschen deportiert worden, für Tausende von ihnen war Bremen der Bestimmungsort, eine der Rüstungshochburgen. Untergebracht waren sie häufig in Baracken auf dem Gelände der Firmen, die von ihnen profitierten. Später, als die Bomben fielen, sah man die ausgemergelten Gestalten auch in der Innenstadt, die Polen gekennzeichnet durch ein „P“, das aufgenäht auf der Kleidung zu tragen war. Sie hatten die Trümmer zu beseitigen, bei Luftangriffen wurde ihnen der Schutz der Bunker verwehrt.

Vom kargen Lohn, falls er überhaupt ausgezahlt wurde, konnten sie sich nichts kaufen, von der Wassersuppe und der Scheibe Schwarzbrot nicht satt werden. Wer „bummelte“ oder die Arbeit verweigerte, lief Gefahr, ins KZ oder Arbeitserziehungslager eingewiesen zu werden. Genau recherchiert und bekannt wurde – auch durch einen Spielfilm – das Schicksal des Walerjan Wróbel, der mit 16 Jahren nach Bremen kam. Er musste bei Bauern arbeiten, steckte Heu in einer Scheune in Brand. Das reichte, um ihn als „Volkschädling“ ins Konzentrationslager Neuengamme zu bringen. Im August 1942 – mit 17 Jahren – wurde er durchs Fallbeil hingerichtet.

Gleich nach Kriegsende drängten Deutsche wie Alliierte auf Repatriierung. Bis August 1945 lebten in Bremen etwa 40.000 DPs (bei einer beträchtlich gesunkenen Einwohnerzahl von 290.000). Im Oktober waren es nur noch knapp 9.000, darunter viele Polen, die in die Wirren ihres Heimatlandes nicht zurückkehren konnten oder wollten. Nahezu die Hälfte des Bremer Wohnungsbestands von 1939 war zerstört, also blieben „den Ausländern“ zumeist nur ihre alten Unterkünfte, die sich jetzt in quasi selbstverwaltete Lager verwandelten. Der deutschen Polizei war der Zutritt untersagt. Doch auch ein ganzer Wohnblock, von Deutschen geräumt, wurde ihnen zur Verfügung gestellt. So wuchsen die Spannungen, hielten sich überkommene Feindbilder und Vorurteile.

„Die Polen mit Gewalt nach Deutschland geholt“

Mit dem Abstand eines halben Jahrhunderts geht die Sozialwissenschaftlerin Renate Meyer-Braun davon aus, dass es vor allem in den ersten Tagen zu wilden Plünderungen gekommen sei, „und es gab auch später zahlreiche Übergriffe“. Aber sie meint: „Entgegen der subjektiven Wahrnehmung der Bevölkerung war die Kriminalitätsrate der DPs nicht höher war als bei den Einheimischen.“ Doch 1945 sah es die Bremer Polizeiführung wie die Bürger: Die DPs standen unter generellem Kriminalitätsverdacht. „Als besonders gefährlich galten die Polen“, so Meyer-Braun. Und spätestens nach den Morden in der Nacht zu Buß- und Betttag schrieb man auch in den Senatsprotokollen „Polenterror“ ohne Anführungszeichen.

Im Military Government gab es Kräfte, denen die Fixierung auf die DPs und speziell die Polen zu weit ging. Nachdem die acht Polen wegen des Blocklander Überfalls

verhaftet waren, bat ein Polish Liaison Officer – also jemand mit gleichen Wurzeln – die Geschäftsleitung des gerade lizenzierten „Weser-Kurier“, doch auch über die Festnahme von sechs Deutschen zu berichten. Schließlich verdächtigte man sie, die Polen angestiftet, „insbesondere sie mit alkoholischen Getränken (15 Flaschen Schnaps) und mit anderen Sachen dazu verleitet zu haben“. Eine Konstruktion, die sich indes schnell als haltlos erwies. Im Übrigen monierte der Officer „eine feindliche Einstellung den Polen gegenüber“, die ihm in der örtlichen Presse aufgefallen sei. „Derartige gehässige Propaganda unmittelbar nach Beendigung des Krieges, nach schrecklichen Erlebnissen der Polen in deutschen Gefängnissen und Konzentrationslagern führt bestimmt nicht zur Besserung der Notlage und der Beziehungen zwischen benachbarten Völkern.“

Etwa zur gleichen Zeit notierte ein Angehöriger der Bremer Zivilverwaltung, was er sich bei einer Besprechung mit einem Captain der US-Army hatte anhören müssen. Beschied ihm doch der Amerikaner, „dass die ursprüngliche Verantwortung für diese Vorkommnisse bei den Nazis liege, denn sie hätten die Polen mit Gewalt nach Deutschland geholt und sie als Sklaven für sich arbeiten lassen“.

Militärgericht zeigt Härte: vier Todesurteile

Das Abriegeln der Polenlager lehnte die Besatzungsmacht ab, nicht dagegen die Bewaffnung von Bauern und deren Organisierung in „ländlichen Selbstschutzabteilungen“. Dann, im Frühjahr 1946, begann der Blocklandprozess gegen die acht Polen. Und nun war auch das US-amerikanische Militärgericht gewillt, Härte zu beweisen. Politische Hintergründe, der frühere Leidensweg der Angeklagten? Das alles schien offensichtlich kaum größerer Erörterung wert – weder im Gerichtssaal noch außerhalb. Nur beiläufig erwähnte der „Weser-Kurier“ den Hinweis eines polnischen Anwaltes, doch auch die besondere Geschichte der Angeklagten zu berücksichtigen. Die wenigen Sätze, mit denen Pastor Max Penzel in seiner Begräbnisansprache am 1. Dezember 1945 die Ursachenforschung abhandelt hatte, entsprachen dem damaligen Mainstream und wurden durch die Verhandlung eher noch unterstrichen: Menschen, „für die man verantwortlich ist“ – und gemeint waren wirklich die ehemaligen Zwangsarbeiter –, würde man nur schaden, „wenn man sie verwöhnt und faulenzen lässt“. Denn man wisse ja: „Müßiggang ist und bleibt aller Laster Anfang!“



Acht Polen auf der Anklagebank:
Am 1. März 1946 verkündete das
US-amerikanische Militärgericht
die Urteile.

Am 1. März die Urteile: Das Gericht schickte einen der Angeklagten für 40 Jahre ins Gefängnis, drei wurden zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilt. (Ebenfalls lebenslänglich ins Zuchthaus musste ein neuntes Polen, der erst später gefasst und im September 1946 verurteilt wurde.) Für vier der Angeklagten verkündeten die Richter das Todesurteil. Sie wurden am 13. Juli 1946 auf einem Bremer Schießplatz hingerichtet. Zwei der Delinquenten, ein Landarbeiter und ein Arbeiter, waren erst 21 beziehungsweise 22 Jahre alt.

Aufsehen erregte Wilhelm Hamelmann, während der Verfahren und insbesondere Jahre später. Nicht nur, weil er der einzige Überlebende seiner Hofgemeinschaft war. Der von mehreren Kugeln Getroffene hatte bereits beim Begräbnis, an dem er nicht teilnehmen konnte, eine Botschaft der unbedingten Versöhnung verlesen lassen: „Das ganze Volk leidet und hält Ausschau nach denen, die fähig sind, in der Tat der Liebe und nicht des Hasses zu führen. Darum rufe ich uns allen zu: Lasst uns unsere Herzen einstellen auf die Melodie der Liebe, der Liebe, die vom Kreuz Christi her uns sucht.“ Den Hauptstaatsanwalt des Militärgerichts bat er, keine drakonischen Strafen zu fordern. Wer war Wilhelm Hamelmann?



Wilhelm Hamelmann, undatierte Aufnahme.

Vergeben statt Vergelten

Wilhelm Hamelmann – ein Apotheker aus dem proletarischen Stadtteil Walle, der seine Moral aus der Bibel bezog. Im November 1945 war er 43 Jahre alt. Eingeheiratet in die alteingesessene Bauernfamilie Flothmeier lebte er zu der Zeit mit seiner Familie als Ausgebombter auf dem Hof der Schwiegereltern, dem Hof Kapelle (von dem heute nur noch ein paar Steine und Balken zu sehen sind). Als bekennender Christ hatte er Wert darauf gelegt, seine Töchter konfirmieren zu lassen – und zwar in der Wilhadi-Kirche an der Nordstraße. Einer evangelischen Gemeinde, die während des Faschismus aus Fundamentalismus zum Widerstand neigte.

Es gibt Hinweise, dass Hamelmann – zumindest in den letzten Kriegsmonaten – engen Kontakt hatte zum Kommunisten Walter Oldehoff, der mit seiner Frau und weiteren Widerständlern in der Waller Feldmark Unterschlupf und Unterstützung für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter organisierte. Ein Kreis, der sich später zur Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus bekannte. Die KGF, eine überparteiliche Gruppierung von vor allem Sozialdemokraten, Linkssozialisten und Kommunisten, konnte sich am 3. Mai 1945 offiziell konstituieren und initiierte das Arbeiterhilfswerk (aus der sich später die Arbeiterwohlfahrt wieder neu entwickelte). Als der Überfall geschah, war Hamelmann Vorsitzender des Arbeiterhilfswerks Walle. Nicht zu zuletzt dieses Wirken und seine Verbindungen zur Arbeiterschaft führten dazu, dass der Vorbereitende Ausschuss der Gewerkschaften dazu aufrief, am Tag der Beerdigung „in allen Betrieben, Büros und Geschäften eine Arbeitspause von 2 Minuten durchzuführen“. Zur Feier auf dem völlig überfüllten Wasserhorster Friedhof erschienen auch Abordnungen mit roten Fahnen – den Bauern des Blocklandes soll das gar nicht gefallen haben.

Überhaupt habe Hamelmanns Eintreten für die Täter „hier kaum jemand nachvollziehen können“, berichtet Renate Vollmer, Schriftführerin des Heimatvereins Blockland. Mehr als Kopfschütteln soll hervorgerufen haben, dass er, 1979 verstorben, sein Leben lang am Versöhnungsgedanken festhielt, sogar öffentlich dafür warb. „Bedenkt man, dass es nicht nur Kriegs-, sondern auch Zivilgefangene waren, denen man ihre Freiheit genommen hatte, so kann man den Vergeltungsdrang sehr wohl verstehen“, steht in seiner Veröffentlichung „Vergeben statt Vergelten“, 1960 zum ersten Mal erschienen. Ein Traktätchen, mit dem ein tiefgläubiger Mensch Zeugnis ablegt. Er teilt auch mit, dass er wisse, was der entkommene zehnte Mann, der angebliche Anführer der Marodeure, direkt nach der Tat gesagt haben soll: „Ich habe mich für meine Eltern gerächt. Sie wurden von der SS in Polen erschossen. Ich habe jetzt Genugtuung.“ Hamelmann bezeichnet den Mann übrigens als „der Jude“. Sollte es sich bei dem nächtlichen Geschehen wirklich um Vergeltung, um einen Racheakt gehandelt haben, dann war es blinde Rache, geübt an unschuldigen Kindern und unbelasteten Erwachsenen. Wie auch immer – aus dem Verbrechen dürfe keine neuer Hass, keine neue Verfolgung resultieren, verkündete Wilhelm Hamelmann und verwies auf sein eigenes Verhalten. Jahre nach der Tat sei ihm zugetragen worden, wo sich der Anführer aufhält. Dennoch habe er nichts unternommen, „um seiner habhaft zu werden“. Gott werde sich dieses „armen Menschen“ annehmen.



Wilhelm Hamelmann im Frühjahr 1967 auf dem Weg in die Strafanstalt Hamburg-Fuhlsbüttel.

Erst 1967 in Freiheit

Eindeutig belegt ist, was Hamelmann 1967 unternahm. Er hatte erfahren, dass drei der 1946 verurteilten Polen immer noch hinter Gittern saßen, jetzt in der Strafanstalt Hamburg-Fuhlsbüttel. Er besuchte sie und bat anschließend beim US-Botschafter um ihre Begnadigung. Noch im gleichen Jahr wurden zwei entlassen, der dritte Mann war mittlerweile „geisteskrank geworden“, wie Hamelmann schreibt. Der damals 65-Jährige holte die beiden mit seinem Auto ab, bewirtete sie als erstes an einer Autobahnraststätte. Zwei Männer in den Vierzigern, schlecht gekleidet, verwirrt, konfrontiert mit Wohlstand in grellen Farben. Die Freilassung sprach sich herum, fremde Menschen meldeten sich. Es gab Zustimmung, aber ihr Vater habe auch Drohbriefe erhalten, berichtet Ruth Lohrmann, Hamelmanns Tochter aus zweiter Ehe. Und so befand Wilhelm Hamelmann, der auch Realist war, dass es besser sei, die Entlassenen an einem unbekanntem Ort unterzubringen. Seitdem hat sich ihre Spur verloren.

22 Jahre nach Ende des Krieges, drei Jahre vor Willy Brandts Kniefall in Warschau, schien es für Polen in Deutschland immer noch sicherer zu sein, unerkannt zu leben. Auf alle Fälle für diejenigen, die erst Opfer und dann zu Tätern geworden waren.